

Unser, der Red. des „Gen.-Anz.“: Wir haben uns bei einem Elberfelder Führer in der Eisenbahnbewegungsüberleitung über die Richtigkeit der vorstehenden Artikel angegebenen Gesichtspunkte verständigt. Es wurde uns bestätigt, daß sie zutreffend sind. Allerdings werden die Löhne erst erreicht, wo Boomen im 40. bis 42. Lebensjahre. Die In-
fangsgehälter der einzelnen Gruppen sind naturgemäß wesentlich niedriger, zum Teil bleiben diese noch hinter den Löhnen der Arbeiter zurück. Dieser leichere Umstand ist mit ein Grund der Unzufriedenheit und des Hanges

GA Berlin, 12. Jan. (Sig. Draht.) Dem Vorstand des deutschen Eisenbahnerbundes liegen aus mehr als 80 Ortsgruppen Beschlüsse vor, gegen die als ungenügend bezeichneten Zugkündigungen der Regierung an die Eisenbahnen und für die Durchsetzung des beschlossenen Eisenbahnerstreiks. Der Eisenbahnerverband hat seine nächste Sitzung auf den 17. Januar nach Berlin einberufen. In ihr wird die Entscheidung fallen, ob die Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium aufgenommen werden sollen, um die Gehalts- und Lohnzusatzkündigungen um weitere 50 Prozent zu erhöhen oder ob der Generalstreikbeschluss durchgeführt werden soll.

Die Entschließung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner.

GA Berlin, 12. Jan. (Sig. Draht.) Der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner hat in den letzten beiden Tagen in Berlin eine Tagung abgehalten. Bei der durch WTB gegebenen Mitteilung ist für das erreichte Ergebnis der Streikabstimmung die Gesamtheit aller Eisenbahner zugrunde gelegt, in Wirklichkeit handelt es sich lediglich um die Abstimmung der rund 235 000 Mitglieder der Reichsgewerkschaft, von denen laut Aufstellung 82 Prozent für den Streik gestimmt haben. Die übrigen Eisenbahner, die anderen Organisationen angehören, konnten sich an der Abstimmung selbstverständlich nicht beteiligen, da ihre Verbände eine Streikabstimmung nicht vorgenommen haben. Es wurde schließlich folgende Entschließung einstimmig angenommen:

In seiner Tagung vom 11. und 12. Januar in Berlin hat der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner und Arbeiter nach reiflicher Überlegung das Verhandlungsangebot der Regierung abgelehnt. Das Angebot ist nicht annehmbar, da es die Interessen der Eisenbahner nicht berücksichtigt. Der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft weist darauf hin, dass es der deutschen Eisenbahnenverwaltung nicht darauf ankommt, durch maßvolle Selbstverleugungen die wirtschaftliche Lage des Landes noch weiter zu verschlechtern. Wir protestieren gegen die bis in die allerletzte Zeit fortgesetzten Versuche von Reichsregierungen, durch tendenziöse Darstellungen der von den Eisenbahnerorganisationen vertretenen Ansprüche die öffentliche Meinung gegen die Beamten einzunehmen. Wenn das Finanzministerium meint, dass die Befassung mit dieser Frage durch direkte Besteuerung umgehbar sei, so deuten wir demgegenüber darauf hin, dass bisher keine ausreichenden Maßnahmen getroffen sind, die nach den bestehenden Steuerordnungen fälligen Steuerbeträge reibungslos einzusammeln, und dass die ungenutzten Vermögen der Eisenbahnen, die in der öffentlichen Hand liegen, sowie die in der öffentlichen Hand liegenden Immobilien bisher noch in keiner Weise steuerlich erfasst sind. Deshalb muss die Reichsregierung, durch Herausstellung von Widerstandspunkten dem Kampf der Beamten um gerechte Bezahlung ihrer Verdienste in ein falsches Licht zu rufen, auf das schärfste zurückgewiesen werden. In Anbetracht aller zu erwägenden Gründe steht der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner und Arbeiter nach wie vor auf dem Standpunkt, dass es zunächst versucht werden muss, im Rahmen der bisherigen Einseitigkeit der Eisenbahnerorganisationen auf friedlichem Wege ein bestmögliches Ergebnis zu erzielen. Der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft, die Verhandlungen fortzusetzen und im Bedarfsfall auch vor der Anwendung des letzten gewaltsamen Mittels nicht zurückzulassen.

Eine Auseinandersetzung Koch-Brann.

GA Berlin, 12. Jan. (Sig. Draht.) Im Hauptauschuss des Reichstages kam es heute zwischen dem preussischen Ministerpräsidenten Brann und dem Reichsminister Koch zu einem Zusammenstoß. Der preussische Ministerpräsident betonte, dass seine Verwaltung alles getan habe, um die Siedlungstätigkeit zu fördern. Die finanzielle Notlage und die neue Steuererhebung hätten Schwierigkeiten bereitet. Reichsminister Koch erwiderte, dass er über das Siedlungsproblem eine ganz andere wirtschaftspolitische Auffassung als der preussische Ministerpräsident habe, und er könne sich nicht mit dem zufrieden geben, was Brann von seinem marxistischen Standpunkt aus tue. Der deutschnationalen Abgeordnete Rum in hielt seinen Vortrag, dass die Siedlung vom preussischen Sanitätsminister nicht gefördert worden sei, aufrecht, weshalb Ministerpräsident Brann erklärte, dass er seine Beamten gegen einen solchen Vorwurf unbedingt in Schutz nehmen müsse. Die Art, wie jetzt einzelne Reichsressorts unterirdisch gegen die preussische Regierung arbeiten, diene nicht dazu, ein Zusammenarbeiten der beiden Behördenapparate zu erleichtern. Reichsminister Koch erklärte darauf, dass er mit dem Ministerpräsidenten einen Pakt schließen wolle, das sei eine Besprechung der gegenseitigen Streitfragen in Volksversammlungen vermeiden wollten.

Nunmehr wandte sich der Ausschuss der Besprechung des Staats des Reichsministeriums des Innern zu. Nach einleitenden Worten des Abgeordneten D. Schreiber (Ztr.) über die elias-kochingischen Beamten bemerkte Dr. von Helldorf (Deutschl.): Nur um deswillen, weil die vertieften Elia-koching zu beschaffen seien, Erschließen zu schaffen, entsprechen nicht den Grundsätzen einer geregelten Staatsverwaltung, ebenso wenig wie es richtig sei, diese ohne sachliche Notwendigkeit bei Eisenbahnen und Post zu beschäftigen. Aber wir wollen uns gerechten Wünschen der Elia-koching annehmen. Nach kurzer Aussprache wird der Ausschuss für die Abteilung Elia-koching von Hauptamtlich beauftragt. Unter lebhafter Debatte, an der sich besonders der Abgeordnete D. Schreiber und Weiß (Dem.) beteiligten, wurde der Antrag für das Germanische Museum in Nürnberg in Höhe von 1 1/2 Millionen Mark angenommen. Außerdem bewilligte der Ausschuss die Kosten für die weitere Bearbeitung und Herausgabe der „Monumenta Germanica Historica“ sowie für das Römisch-Germanische Museum in Mainz und für die Akademie der Naturforscher in Halle. Die Beratung über die 1 1/2 Millionen Mark, die zur Förderung der auf sittliche und geistliche Erziehung des Volkes gerichteten Bestrebungen im Reich eingesetzt sind, wurden aus finanziellen

Gründen zunächst aufgeschoben. Es entspann sich eine lebhaft debattierte über die Notwendigkeit der Erhaltung der deutschen Bücher in Leipzig. Schließlich wurde der Antrag für die Vervielfältigung von einer halben Million Mark bewilligt.

Das neue Programm des Herrn Hergt.

Die „National-Zeitung“ schreibt: Die Deutschnationalen haben am Sonntag in Berlin den Wahlkampf durch eine Versammlung eröffnet, in der die Abgeordneten von Hergt und Graf Westphal gesprochen haben. Abg. Dr. v. Hergt hat bei dieser Gelegenheit gegen die Deutsche Volkspartei Stellung genommen und damit zu erkennen gegeben, dass die Deutschnationalen im Wahlkampf ihre Front auch gegen die Deutsche Volkspartei richten werden. Wie die Deutschnationalen zu dieser Frage steht, hat Abgeordneter Dr. v. Richter aus dem Preussentag in Potsdam klar zu erkennen gegeben. Er hat gesagt, dass die Deutsche Volkspartei an sich keinen Anlass habe, sich gegen die Deutschnationalen zu wenden, dass sie aber Angriffe nicht ohne Antwort lassen können und mit den extremen Rechtskonserverativen nicht zusammengehen können. Wenn man von dieser Voraussetzung aus die Rede des Abg. Dr. v. Hergt beurteilt, so ist die erste Frage: Geben die Rechtskonserverativen in der Deutschnationalen Volkspartei den Ton an, in dem der Wahlkampf geführt werden soll? Reiter muss man diese Frage bejahen. Die Rede des Abg. Dr. von Hergt ist ein Beweis dafür, dass die Deutschnationale Volkspartei in das Fahrwasser der extremen Rechtskonserverativen übergeht.

Das wird an einem Moment besonders deutlich. Der Abgeordnete Dr. v. Hergt hat das Ordnungsprogramm, auf dessen Durchführung die ganze bisherige Arbeit der Deutschnationalen eingestellt war, ausdrücklich zurückgenommen. Damit wird wohl auch nachträglich eine Parteifrage gegen jene Erklärung ausgesprochen, die von der deutschnationalen Parteiführung nach den Reichstagswahlen abgegeben wurde, und die die Bereitschaft der Deutschnationalen ausdrückte, wichtige Programmpunkte im Interesse gemeinschaftlicher Regierungstätigkeit mit der Sozialdemokratie zurückzustellen. Jetzt weist derselbe Abg. Dr. v. Hergt, der damals für dieses Zugeständnis eintrat, jede Politik der mittleren Linie von sich und sagt sich damit los von einer Einheitsfront gemäßigter Politik, die wohl niemals so nötig gewesen wäre wie gerade heute. Es vollzieht sich damit ein Prozess der Rückbildung der Deutschnationalen Volkspartei in die verhassten Elemente, die sich in ihr zusammengefunden haben. Dazu gehören außer den Konserverativen auch Freikonservative und liberale Elemente. Maßgebend für die Partei sind heute die Anschauungen des Grafen Westphal, die auf die Ideen des Herrn v. Heydebrand zurückgehen. Die Anschauungen des Abg. Dr. von Hergt bewiesen zusammen mit anderen Anschauungen der letzten Zeit, dass die Richtung der Deutschnationalen Volkspartei in der Deutschnationalen Volkspartei festgelegt und dass Abg. Dr. v. Hergt sich ihr „schönlich unterworfen“ hat. Ob diese Entwicklung der Partei nützlich wird, bleibt abzuwarten. Im Interesse der gesamten deutschen Politik und Entwicklung ist dieser Sieg der extrem-konservativen Elemente jedenfalls zu bedauern.

Deutsches Reich.

Die Kohlennot der Eisenbahnen.

MTB Berlin, 12. Jan. (Draht.) Als Folge des Spätkommens der Kohlennot, dass der Personenverkehr eingeschränkt werden muss, um den notwendigen Güterverkehr sicherzustellen. Die für eine wirtschaftliche Lokomotivfuhrung notwendigen Kohlen sind nicht in ausreichenden Mengen vorhanden, da gerade vom Verbanke diese verlangt werden. Die Kohlenvorräte der Reichseisenbahnen sind infolgedessen in letzter Zeit wieder stark zurückgegangen. Jetzt sind fast überall nur noch Vorräte für etwa zehn Tage vorhanden, und die Lage nähert sich damit dem Gefahrpunkt.

Hierzu erfährt die „National-Zeitung“, dass die Gefahr einer bevorstehenden Einschränkung im Eisenbahnverkehr vorläufig nicht zu befürchten ist. Es sind Verhandlungen im Gange, um eine Reueauffüllung der Kohlenmagazine der Eisenbahn durchzuführen. Besonders mangelte es an Qualitätskohle.

Die Umsatzsteuer.

WTB Berlin, 12. Jan. (Draht.) Es wird wiederholt darauf hingewiesen, dass Angehörigen auf die noch nicht fällig gewordene Umsatzsteuer vom Tage der Eingahlung ab beim Umsatzsteueramt bis zum Ablauf des dritten Monatssteuerabschlusses sowie erstmals bis 31. März vom Reich vergütet werden. Die Zinsvergütungen werden darüber hinaus auf 6 Prozent festgesetzt für Vorauszahlungen, die bis zum 31. Januar geleistet werden. Es liegt im Interesse der Steuerpflichtigen, von diesen weitgehenden Vergünstigungen Gebrauch zu machen. Die Verordnung des Reichsministers der Finanzen wird im 2. Heft des Reichssteuerbriefes vom Jahre 1921 veröffentlicht.

Minister Schmidt und die Warburger Zeitfreiwilligen.

In einem Brief des Ministers Schmidt an den Vorsitzenden der deutschen Studentenenschaft, v. Kugel, steht es nach der „Kreuzzeitung“: Meine in Ihrem Briefe lebendige Anerkennung über die Warburger Zeitfreiwilligen anlässlich der Kriegsheldentage stand unter dem Eindruck der Reichstagsreden und der Verhandlungen über den Kriegserlass. Es erfolgte aus dem Schmiedehausen heraus, dass durch jene Vorgänge die Gegenstände der Kriegsheldentage und der Kriegsheldentage, deren Überbrückung mir den sehr am Herzen lag, beschleunigt werden mussten. Wenn ich mir auch die eubulische, eubulische, zum Vorgehen der beteiligten Zeitfreiwilligen vorhalten muss, die wegen ihrer Verbindung gegen einige Studenten eingeleiteten Verfahren zum Ausdruck gebracht sind, so will ich als deutscher Staatsminister doch bemerken, dass die Warburger Zeitfreiwilligen, die von mir gebildet worden, in der Tat eine hervorragende Leistung geleistet haben. Ich nehme die Warburger Zeitfreiwilligen zur Kenntnis.

3 Monate Gefängnis wegen Beleidigung. WTB Berlin, 11. Jan. (Draht.) Wegen Beleidigung des Professors Dr. Kahl hat sich gestern vor dem Berliner Landgericht der Schriftsteller Kiebeling zu verantworten. Er hatte in einer Rede vor dem Reichstag die Kahl als „Schwächling“ bezeichnet. Das Gericht ging über den Antrag auf Geldstrafe in Höhe von 100 Mk. weit hinaus und verurteilte ihn zu 3 Monaten Gefängnis, weil bei politischen Reden persönliche Beleidigungen und Beleidigungen vermieden werden müssen.

Eine Abgabe an die Kommunisten.

MTB Halle an der Saale, 12. Jan. (Draht.) Die Belegschaft der Braunkohlenbergwerke des Reichsbergwerks leitete den Antrag der Kommunisten, ihre gegenwärtige Lohnbewegung zu einem politischen Kampf zu erweitern, ab und beschloss, nur den Forderungen der Gewerkschaften zu folgen.

Die Krankheit der Kaiserin.

WTB Haag, 12. Jan. (Draht.) Der frühere Kronprinz ist heute nach Loos abgereist, um seine Frau zu besuchen, deren Gesundheitszustand nach immer besorgniserregend ist. Aus Loos wird folgender Bericht über das Verhalten der Kaiserin gemeldet: Die Kaiserin ist seit dem 11. Januar ausgefallen. Das körperliche Wohlbefinden der Kaiserin ist langsam, aber stetig. Die Zunahme der Blutungen führt zu härteren Benennungen. Der Zustand ist als sehr ernst zu betrachten.

Die Erhebung der doppelten Beiträge in der Invalidenversicherung.

Univ.-Prof. Dr. v. Noldenbauer, W. d. R., schreibt in der „National-Zeitung“:

In der Presse nehmen die Angriffe wegen der doppelten Beiträge zur Invalidenversicherung zu, insbesondere deshalb, weil auch diejenigen, die die doppelten Beiträge noch nicht gezahlt haben, den doppelten Beitrag erlegen müssen.

Ich habe die Gründe, die das Vorgehen der Reichsregierung und des Reichstages in einem am 24. Dezember v. J. in der „Köln. Ztg.“ erschienenen Aufsatz eingehend dargestellt. Nachdem nun die „Berliner Morgenpost“ meine dortigen Ausführungen wiederum angreift, halte ich folgende Feststellungen für erforderlich:

In dem von dem 6. Ausschuss eingesetzten Unterausschuss gelangten wir zu der Erkenntnis, dass eine Hilfe der Reichsregierung zur Invalidenversicherung nur möglich war, durch Erhöhung der Beiträge. Von den Sachverständigen des Reichsarbeitsministeriums wurde uns ausgedrückt, dass das Neuberechnen der Beiträge etwa drei Monate in Anspruch nimmt. Es wäre also, wenn man darauf hätte warten wollen, nötig gewesen, die gerade in dem harten Winter erforderliche Hilfe bis zum Frühjahr hinauszuschieben. Entweder für drei Monate Vorräte vom Reich zu verlangen, wäre voraussichtlich an dem Widerstand des Reichsfinanzministeriums gescheitert. Bei der Berechnung der Höhe der Beiträge stellte sich nun heraus, dass eine Beihilfe in dem Umfang, wie sie von den Beteiligten gewünscht wurde, möglich war, wenn für jeden Arbeiter für den Tag 10 Pfg. von ihm und seinem Arbeitgeber aufgebracht würden. Angesichts der überaus geringen Löhne schien diese Belastung als tragbar. Da alle Arbeiter fast ohne Ausnahme heute in der fünften Lohnklasse waren, konnte die Erhebung dieser Beiträge ohne weiteres dadurch erfolgen, dass von einem bestimmten Zeitpunkt an die heutigen Beiträge zum doppelten Preise verausgabt wurden. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, von dem der Vorschlag ausging, nicht von mir, wie wieder die „Berliner Morgenpost“ fälschlich behauptet, richtete bei diesen Verhandlungen an die Mitglieder der Unterausschüsse die dringende Bitte, von dem Plan der Verdoppelung der Beiträge unter Vorauszahlung der alten Marken nichts in der Öffentlichkeit verlauten zu lassen, damit nicht an allen Stellen sofort die Marken aufgeföhrt würden und es damit unmöglich gemacht werde, für die neue Beihilfe die entsprechende Deckung zu finden. Der Plan selbst, insbesondere der Gedanke, 10 Pfg. für Tag und Arbeiter zu erheben, ist damals aber sofort in die Presse gelangt. Ich habe insbesondere in die „K. Z.“ jedesmal einen Bericht über die Beschlüsse des Unterausschusses gegeben. Allerdings interessierte sich damals die großstädtische Presse und die Öffentlichkeit viel mehr um wirkliche oder vermeintliche Rabattstücken und den sich daran schließenden politischen Kampf, als um diese außerordentlich wichtige sozialpolitische Vorlage. Es wurde im Unterausschuss auch die Frage erörtern, ob man nicht die Marken, die für die neue Berechnung gelten sollten, abtun könnte. Seitens des Reichsarbeitsministeriums wurde das für unmöglich erachtet, weil nicht in der kurzen Zeit alle Postämter mit dem gleichen Stempel versehen werden könnten und andererseits mit Fälschungen in sehr erheblichem Umfang getrieben werden müsste. Im Unterausschuss ist damals eingehend die Frage besprochen worden, dass durch diese Berechnung der Beiträge ungünstig getroffen werde, der verarmte Mann, seine Marken rechtzeitig zu fleben. Man war sich klar, dass bei diesem System alle die Sozialen, die nicht zeitig ihre Beiträge geleistet haben, einen geringen Nachtrag ausrichten müssten. Die Vertreter sämtlicher Parteien waren aber sich einig, dass diese Härte mit in Kauf genommen werden müsse. Von wenigen Fällen abgesehen, wie z. B. bei der Lohn- und Gehaltszahlung im Rheinischen Braunkohlenbau, wird derjenige, der entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen seine Beiträge leistet, durch die schnelle Durchführung der Berechnung nicht benachteiligt.

Von verschiedenen Landesversicherungsanstalten wird erklärt, dass sie von dieser Gesetzesvorlage nichts gewusst hätten. Ich stelle demgegenüber fest, dass an den Beratungen der letzten Tage der Reichsversammlung und der Sitzungen des Reichstages der Landesversicherungs-Anstalten teilgenommen haben, und dass bei der Prüfung des Gesetzes, die einer kleinen Redaktionskommission unter meinem Vorsitz zugewiesen war, neben dem Reichsarbeitsministerium auch der Reichsminister der Landesversicherungs-Anstalten mitgewirkt haben, so dass man nicht die Behauptung aufstellen kann, diese Vorlage wäre ohne die Beteiligten zustande gekommen. Ich rechne es mir im Gegenteil zum Verdienst an, dass ich die Teilnahme der beiden Herren an den Beratungen veranlasst habe.

Wenn man die ungeheure Not der Sozialrentner bedenkt, wenn man erkennt, dass schnelle Hilfe notwendig war, wenn man weiter

erkennt, dass die Hilfe nur durch Erhöhung der Beiträge möglich war, dann wird man zu einer gerechten Beurteilung dieser Gesetzesgebung kommen. Eine ist jedenfalls mitehrwürdig. Diejenigen, die dem Parlament immer vorwerfen, dass es rede und nicht handle, sind auf der anderen Seite schnell mit dem Vorwurf der Ueberrumpelung bei der Hand, wenn es einmal gelingt, unter Einwirkung der Sachverständigen ein Hilfswort für die notleidende Menschheit möglichst schnell und ohne stundenlange Agitationsreden im Plenum durchzusetzen. Geradezu lächerlich ist die Behauptung der „Berliner Morgenpost“, dass verabschiedet worden wäre, im Reichstag nicht über die Vorlage zu sprechen, damit die Mängel nicht zur Sprache kämen. Zunächst hat jedes Mitglied der Unterausschüsse, in der alle Parteien vertreten waren, die Pflicht übernommen, seine Fraktion zu unterrichten. Nachdem dann die Fraktionen dem Gehörten der Verdoppelung der Beiträge ausdrücklich zugestimmt hatten, wurde der Antrag eingehend im 6. Ausschuss besprochen. Am letzten Tag des Initiativantrags sämtlicher deutschen Parteien und der Reichssozialdemokratischen Partei im Plenum in drei Lesungen durchgesehen, wurde allerdings, wie dies häufig vorgeht, verabschiedet, dass nicht zu dem Antrag gesprochen werden sollte. Als die Unabhängigen erklärten, sie würden ihre übliche Agitationsrede halten, erhielt ich den Auftrag, im Namen aller anderen Parteien eine entsprechende Erklärung abzugeben. Es hat also auch tatsächlich im Plenum eine längere Debatte stattgefunden. Die Vorrede aber, ein wichtiges sozialpolitisches Gesetz agitatorisch gegen eine Partei auszusprechen, müsste aber schon deshalb zurückgewiesen werden, weil in dieser Frage mit Ausnahme der Unabhängigen alle Parteien einig waren.

Die Verwendung der Goldmarkprämie.

BB Bochum, 12. Jan. (Draht.) Nach den von der Regierung vorgelegten Rentenberichten hat die Verwendung der Goldmarkprämie (gen. d. Spätkommens) übersehen die Ausgaben bis zum 14. 1. 1921 die überlieferten Einnahmen um 8057 Millionen Mark. Frontes hat die in der Zeit vom August bis Oktober hakenen Kosten verrechnet, während Belgien im August und September bezahlt hat. Italien ist bisher noch nichts überliefert. Die künftige Kontrolle der Verwendung der Prämie wird von den Arbeitern auf das nachdrücklichste gefordert. Die Auffassung der Regierung, die Prämie von Lebensmitteln aus der Goldmarkprämie wäre von der Verfassung aus als höchster abhängig, sei irrig. Die Überlieferten seien durch besondere Lohnzuschüsse zu vergüten, die Ernährung aber durch allgemeine Verbesserungen und Verbilligung der Rohstoffe zu heben. Die Regierungsvertreter erklärten, die Einnahmen und Darlehen der Arbeitervertreter den unabhängigen Ministerien zu unterbreiten.

WTB Dortmund, 12. Jan. (Draht.) Nach dem Staatskommissar Schmidt wird vom Reichsministerium zu folgender Bekanntgabe ermahnt: Von gewisser Seite wird die Arbeiterfrage durch Verbreitung des Gerüchts beunruhigt, die Reichsregierung hätte beschlossen, die Verbilligung der Lebensmittel der Bergarbeiter ab 1. 1. 1921 in Fortfall kommen zu lassen. Nachricht ist unzutreffend. Offenbar ist das Gerücht darauf zurückzuführen, dass das Rentenabkommen von Spa am 1. Februar abläuft und über die neuen Einkünfte und Ausgaben noch keine Entscheidung der Reichsregierungskommission erfolgt ist. Die unabhängigen deutschen Stellen sind bemüht, die Wiederherstellung der bisherigen finanziellen Zuwendungen insbesondere der fünf Goldmarkprämien zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bergarbeiter und Gängelei erforderlich ist.

Aus dem besetzten Gebiet.

Ungeduldige Einnahme. WTB Wam, 12. Jan. (Draht.) Die „Köln. Ztg.“ meldet: Die Regierung hat das Mandat der französischen Regierung, den Einnahmen der Landesverwaltung in Angelnheim geordnet. Als Ergebnis aus Frankfurt a. M. 25 000 Reichsmark zu zahlen, als ungenügendes Ergebnis abgewiesen.

Streikverbot für Eisenbahner im besetzten Gebiet.

FZ Mannheim, 12. Jan. (Draht.) Die Reichskommission für die Besetzung des Reichsgebietes hat den Reichsminister der Eisenbahnen im besetzten Gebiet unter Hinweis auf den Reichsbeschluss abgelehnt.

850 Deutsche für die Fremdenlegion.

TU Karlsruhe, 12. Jan. Den Werbeposten der Fremdenlegion sind nach den bisher bekannten Einzelheiten im Jahre 1920 allein mehr als 850 Deutsche im besetzten Gebiet zum Opfer gefallen.

Amgeng und Nachbargebiet.

Der Betriebsratskongress für das Ruhrgebiet.

GA Essen, 12. Jan. (Sig. Draht.) Der Kongress der Kommunisten, den Streik in Dortmund als Ausgangspunkt einer großen Bewegung zu machen, das ganze Ruhrgebiet in Mitleidenschaft ziehen, an der Einheit der Arbeiterfront gezielte. In der letzten Sitzung abgehaltenen, von einem logischen Aktionsausdruck überbrachten Betriebsratskongress für das Ruhrgebiet waren 32 Delegierte erschienen, von denen nur 22 dem Ruhrgebiet angehörten. Die Konferenz hat die Entscheidung über den Eintritt der Bergarbeiter in den Generalstreik zur Unterstützung der Sammler-Ereignisse beschlossen. Die meisten Arbeiter werden sich für den Streik, doch mühten viele von ihnen, gegen, dass die Stimmung zu seinen Gunsten gehen würde, weil die Forderung der Generalstreiks und der Bergarbeiter die Kampfbühne befreiten. Der Aktionsausdruck legte eine Entschlüsselung der Kampfpläne zu empfinden, den Kampf zu veranlassen, darüber entspann sich eine lebhaft und sehr interessante Auseinandersetzung zwischen den Delegierten, die für und gegen die Entschlüsselung waren. Eine andere vorläufige Entschlüsselung wurde den Delegierten ausgereicht, in ihre Betriebe zurückzuführen und dort Bestimmungen vorzunehmen zu lassen. Ein Vertreter der Berliner Arbeiterfront, der gegen den sofortigen Streik war, wurde die Überbrückung durch die Entschlüsselung der Räte des „Kommunistischen Jugendbundes“ überbrückt. Trotzdem wurde schließlich ein Antrag gestellt auf Proklamierung des Generalstreiks. Gegenüber 125 Delegierten wurde der Streik beschlossen. Den Zuschussbeschlüssen stimmten 130 für und 70 gegen den Antrag. Ein Vertreter der Allgemeinen Arbeiterunion in Gelsenkirchen erklärte, dass diese den

Dampfschiffahrt: W. & Zölle.
Herausgeber: Hildebrandt. Für den politischen
Zeit: W. & Zölle; für den geologischen: O.
Reich; für den historischen Zeit: Rott & S.; für die
geographische und Handelskunde: Göttingen & Litz;
für den Angehörigen: Paul Mebert; ferner in der
eigene Berliner Schriftleitung unter dem Namen
— Druck und Verlag von W. & Zölle in Berlin

a576

k1752

This image shows a blank, aged, cream-colored page, likely an endpaper or flyleaf of a book. The paper has a slightly textured appearance with some faint smudges and discoloration, characteristic of old paper. The right edge of the page is slightly curved, indicating it is part of a bound volume. There is no text or other markings on the page.

[illegible]